

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen
Elternverein Restrisiko Emsland

Pressemitteilung, Gronau, 01.10.2018

Anti-Atom-Initiativen wollen Besuch aus Berlin bei Urenco mit Mahnwache begrüßen:

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DIE LINKE bereiten Gesetzentwurf für Stilllegung der Uranfabriken Gronau und Lingen vor

Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90 / Die Grünen) und Hubertus Zdebel (Die Linke) als Atomexperten ihrer Fraktionen im Gespräch mit Initiativen vor Ort

Am Dienstag, 02. Oktober, besuchen die beiden Atomexperten der Bundestagsfraktionen von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und DER LINKEN, Sylvia Kotting-Uhl und Hubertus Zdebel, die unter Beteiligung von RWE und EON betriebene Gronauer Urananreicherungsanlage. Die einzige Urananreicherungsanlage in Deutschland ist zusammen mit der Brennelementefabrik von Framatome / ANF in Lingen weiter vom „sogenannten Atomausstieg“ ausgenommen.

Mit einer Mahnwache von 13:30 Uhr bis 15:00 Uhr vor dem Haupttor der Urenco-Urananreicherungsanlage in Gronau (Röntgenstraße 4) wollen AtomkraftgegnerInnen die beiden Bundestagsabgeordneten begrüßen und die Forderung der Anti-Atomkraft-Bewegung nach sofortiger Stilllegung der Uranfabriken bekräftigen. „Bis zum ‚Sankt Nimmerleinstag‘ können aus Gronau und Lingen neben anderen Atomkraftwerken weltweit die grenznahen, gefährlichen AKW Doel, Tiange, Cattenom und Fessenheim beliefert werden. Das kann und muss unverzüglich gestoppt werden“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Hintergrund des Besuchs von Hubertus Zdebel (DIE LINKE) und Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/ Die Grünen) ist die von beiden Bundestagsfraktionen beantragte rechtssichere Stilllegung der Uranfabriken in Lingen und Gronau. Dazu wird am 17.10. ein Antrag zur Gesetzesänderung zum bestehenden Atomgesetz in einer öffentlichen Anhörung im Bundestag von Bündnis 90/ Die GRÜNEN vorgestellt. Es wird die Stilllegung der Uranfabriken in Gronau und Lingen bis spätestens Ende 2022 gefordert. Der Atomausstieg muss umfassend sein und darf keine Schlupflöcher beinhalten, die die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen bei einem atomaren Gau gefährden. Ein Antrag der LINKEN ergänzt die Gesetzes-Initiative um eine Stilllegung mit einer gesetzlichen Festschreibung eines Exportverbotes von Brennelementen bei möglicher Gefährdung der betroffenen Menschen.

Um 19 Uhr findet dann am Dienstag in der Gaststätte Rolinck Bräu in Gronau, Neustraße 48, ein Treffen der beiden Bundestagsabgeordneten mit interessierten AtomkraftgegnerInnen und Anti-Atom-Initiativen sowie Umweltverbänden statt. „Am 17.10. wird eine Delegation der Anti-Atom-Initiativen nach Berlin reisen und an der öffentlichen Anhörung der Gesetzesinitiative zur beantragten Stilllegung der Atomanlagen teilnehmen.“ so Peter Bastian weiter.

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, der Elternverein Restrisiko Emsland sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßen die Gesetzesinitiativen der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen und von der Linksfraktion. Die Organisationen werden sich aber weiterhin für die sofortige Stilllegung der Uranfabriken einsetzen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, treffen sich am Sonntag, 7. Oktober 2018, wie an jedem ersten Sonntag im Monat niederländische und

deutsche Anti-Atomkraft-Initiativen zum Sonntagsspaziergang an der Gronauer Urananreicherungsanlage.

+++++

Hinweis an die Redaktionen: Am Dienstag stehen Ihnen die beiden Bundestagsabgeordneten bereits kurz vor dem Besuch bei Urenco (vor Ort: Röntgenstraße 4, Gronau) und ab 18 Uhr ausführlich in der Gaststätte Rolinck-Bräu für ein Pressegespräch zur Verfügung.

+++++

Für Nachfragen stehen zur Verfügung:

Udo Buchholz (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz): 0256 223125
Peter Bastian (Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen): 0157 86269233